

Cottbuser

Herzblatt

Chošebuska wuśobka

Die linke Zeitung aus der roten Ecke

17. Jahrgang / Nr. 05 (201)

Mai 2009

Bitte 0,75 Euro spenden

Wolfgang Neskovic im Wahlkreis 65 als Direktkandidat
der LINKEN für den Bundestag nominiert

Der Rechtsstaat muss für Gerechtigkeit sorgen

In klaren Worten erläuterte Wolfgang Neskovic, Richter am Bundesgerichtshof a.D. und stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, auf der VertreterInnenkonferenz der LINKEN im Wahlkreis 65 (Cottbus/Spree-Neisse) am 4. April sein Credo: Warum will er in diesem Wahlkreis zur Bundestagswahl am 27. September 2009 als Direktkandidat der LINKEN antreten? Weil es nötig ist, dass der Rechtsstaat für soziale Gerechtigkeit sorgt.

Diesem Ziel habe er sich seit jeher verschrieben. Doch die Sozialdemokratie gab dieses Ziel auf und trägt seither Mitverantwortung für viele Ungerechtigkeiten. Die Politik der neuen Mitte wolle er nicht mitmachen, sagte er. Es war ungerecht, die DDR im Eilverfahren der BRD anzuschließen, ungerecht, dass die Treuhand die Wirtschaft der DDR verscherbelte, ungerecht war das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“. Deshalb hatte er sich 2005 entschlossen, als Parteiloser für die LINKEN zu kandidieren. Und wurde gewählt!

„Es war ein gutes Arbeiten hier, gemeinsam mit meinem Mitarbeiter Matthias Loehr, der jetzt im Landtag ist. Ich wurde ohne Vorbehalte in diesem Wahlkreis aufgenommen; wir haben viele Veranstaltungen zum Thema Sozialstaat

und Rechtsstaat organisiert.“ Wolfgang Neskovic will sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass das Grundgesetz nicht nur die Freiheitsrechte, sondern auch die soziale Existenz der Menschen in Würde schützt.

Von den 222 an der Wahl teilnehmenden Genossen erhielt der 60-jährige Wolfgang Neskovic 182 Stimmen und ist damit als Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis 65 nominiert. Beworben hatte sich ebenfalls Ingo Paeschke (47) aus Forst, Angehöriger der Bundeswehr und ein bewährter Kommunalpolitiker. Er würde die Bundestagsfraktion der LINKEN gern im Bereich der Militärpolitik unterstützen, sagte er und sprach sich vehement für ein Ausstiegs-konzept aus dem Afghanistan-Krieg aus. Außerdem plädierte er für eine bessere Zusammenarbeit in der Region mit Vattenfall. Ingo Paeschke erhielt 31 Stimmen. Neun Stimmen waren ungültig.

Auf der Mitgliederversammlung wurden außerdem 16 VertreterInnen zur Wahl der Brandenburger Landesliste der LINKEN zur diesjährigen Bundestagswahl (16. Mai in Blossin) gewählt.

G. Krönert

Foto: www.wolfgang-neskovic.de

(Ausführlich auf Seite 2)

Wir grüßen alle
„Herzblatt“-Leser
zum

1. Mai



.....

**Gedenkt am 8. Mai
des Tages
der Befreiung!**

Kranzniederlegungen

10.00 Uhr Nordfriedhof
11.00 Uhr Südfriedhof

**Das sind die VertreterInnen des
Kreisverbandes Lausitz, die am 16.
Mai in Blossin die Landesliste der
LINKEN zur diesjährigen Bundestagswahl mitbestimmen werden:**

Dressler, Doris
Franke, Elke
Gerber, Sophie
Kakuschke, Monika
Kühl, Karin
Mertineit, Sigrid
Richter, Annely
Venter, Herta

Donath, Clemens
Eicke, Christian
Groß, André
Kaun, André
Loehr, Matthias
Nedoma, Matti
Pagel, Diethelm
Siewert, Jürgen

(Am gleichen Tag findet in Blossin
der Landesparteitag statt)

Gesamtmitgliederversammlung zur Wahl unseres Direktkandidaten zur Bundestagswahl

Im ältesten noch betriebenen Kinowerkbau Deutschlands – im altherwürdigen Cottbuser Weltspiegel – kürten die Mitglieder des Kreisverbandes DIE LINKE. Lausitz am 4. April unseren Direktkandidaten für die Bundestagswahl im September.

Zur Wahl stellten sich zwei Kandidaten:

Wolfgang Neskovic

60 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, seit 2005 Mitglied des Bundestages, rechtspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag.

In seiner Vorstellungsrede erläuterte der aus Lübeck stammende Bundesrichter a.D., was ihn dazu bewog, Jurist zu werden. Es waren einmal die Kindheits-erlebnisse, als er aufgrund der Herkunft seines Vaters – der als Kriegsgefangener der Jugoslawischen Armee nach Deutschland verschleppt wurde – Kränkung und Ausgrenzung ausgesetzt war.

Der Film „Die 12 Geschworenen“ mit Henry Fonda war der zweite Auslöser, da in diesem Film gezeigt wurde, dass Schuld und Unschuld nicht immer auf den ersten Blick sichtbar sind.

Als Jurist erkannte er schnell, dass Recht oftmals nicht Gerechtigkeit bedeutet. Sondern dass die Politik durch ihre Gesetzgebung den Rahmen für das Recht bereitet. Also machte er, neben seiner juristischen Tätigkeit, auch Politik: gegen eine frauen- und gewerkschaftsfeindliche Politik, gegen Auslandseinsätze deutscher Soldaten, gegen den Überwachungsstaat, um nur einiges zu nennen.

Das brachte ihm einst sogar eine disziplinarrechtliche Maßnahme ein. Noch heute steht er zu dem Eintrag in seiner Personalakte und schämt sich nicht dafür. Er gründete mit anderen Richtern zusammen die „Neue Richtervereinigung“ und war jahrelang deren Bundessprecher.

Zum Zeitpunkt des Beitritts der DDR war Wolfgang Neskovic Vorsitzender Richter am Landgericht Lübeck.

Die SPD, deren Mitglied er einst war, driftete nach rechts. Mit Hartz IV wurde Armut staatlich verordnet, aber gleichzeitig wurden die Spitzensteuern gesenkt.

Wolfgang Neskovic traf seine Entscheidung und folgte der Bitte von Gre-

gor Gysi, 2005 für die PDS zum Bundestag zu kandidieren.

Das war ein Novum – denn Bundesrichter sind eigentlich eher konservativ. Und damit nicht genug: Er wollte im Osten kandidieren, dort wo die Ungerechtigkeit am größten war und ist. Und so kam er durch die Empfehlung von Thomas Nord und Heinz Vietze in den Wahlkreis Cottbus - Spree-Neiße. Hier im Süden von Brandenburg fand Wolfgang Neskovic seinen „Wahl“kreis – im wahren Wortsinne. Gemeinsam mit seinem Wahlkreismitarbeiter Matthias Loehr konnte er seinen Kampf gegen Unrecht auch hier fortsetzen. Auch wenn er keine Wunder vollbringen kann – einigen Menschen konnte geholfen werden.

Wolfgang Neskovic versprach, mit seinem neuen Wahlkreismitarbeiter, Rüdiger Gebühr, und mit allen Menschen hier weiter für ihre Rechte zu streiten. Mit seiner politischen und juristischen Erfahrung, die er weiterhin im Bundestag einbringen möchte.

Gewählt als Direktkandidat für die Bundestagswahl mit 85 Prozent der Stimmen! Herzlichen Glückwunsch!

Wolfgang Neskovic bedankte sich für das eindeutige Votum durch die Mitglieder und wertete es als Bestätigung und Anerkennung seiner bisherigen Arbeit.

Ingo Paeschke

47 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, Berufssoldat.

Ingo Paeschke ist Fraktionsvorsitzender unserer Fraktion in der SVV Forst und Kreistags-Abgeordneter sowie Mitglied des Kreisvorstandes „Lausitz“.

Er blickte in seiner Vorstellungsrede auf zehn Jahre Erfahrung in kommunalpolitischer Tätigkeit zurück. Als früherer Offizier der NVA und heutiger Berufssoldat der Bundeswehr ist es für ihn durchaus kein Widerspruch, sich gegen die zunehmende Militarisierung in Deutschland zu positionieren und gegen die zunehmenden Auslandseinsätze deutscher Soldaten in Kriegsgebieten. Als ehemaliges SPD-Mitglied konnte er den Weg, der diese Partei immer weiter nach rechts führte, nicht mehr mitgehen.

Wichtig für seine Tätigkeit wäre die Zusammenarbeit kommunaler Ebenen mit der Bundestagebene. Er würde sich für eine kommunale Steuergesetzgebung

einsetzen, die bewirkt, dass Geld aus finanzstarken Regionen allen Kommunen zugute kommt. Ingo Paeschke erhielt 14 Prozent der Stimmen der Mitgliederversammlung.

Matthias Loehr umriss in seiner Rede die Bedeutung der bevorstehenden Europawahl für DIE LINKE. Natürlich sind wir eine proeuropäische Partei, aber wir wollen ein anderes, ein friedliches, ein demokratischeres Europa.

Die bundesweite Plakatkampagne wird daher auch die wichtigsten drei Hauptthemen ansprechen:

- **Abrüstung/Frieden:** Wir wollen eine friedliche EU, in der die Charta der UNO für alle gilt, Krieg geächtet wird und in der es keine Massenvernichtungswaffen gibt.
- **Gerechtigkeit:** Wir wollen eine EU ohne Ausgrenzung und Armut, ohne wachsende soziale Spaltung, eine EU, in der Arbeit gut entlohnt und sozial abgesichert ist und ein menschenwürdiges Leben für alle möglich ist.
- **Freiheit:** Wir wollen eine EU, in der Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Sicherheit garantiert sind und die Kriminalitätsbekämpfung nicht zu Lasten der Grund- und Menschenrechte geht. Wir kämpfen für ein Europa ohne Neofaschismus, Fremdenhass, Rassismus und religiösem Fundamentalismus.

Des Weiteren werden Personenplakate unseres Spitzenkandidaten Lothar Bisky zum Einsatz kommen. Für Großflächen wird es drei Motive geben:

- „Konsequent sozial“ wird das Motiv der ersten Fläche sein.
- Lothar Bisky als Spitzenkandidat aus Brandenburg wird auf der zweiten Fläche für eine Politik der Vernunft werben.
- Die dritte Großfläche wird auf blauem Grund die provokative Aufforderung: „Rot wählen!“ enthalten.

Trotzdem: Schon aus finanziellen Gründen werden wir im Europawahlkampf keine Materialschlacht wie die SPD führen können. Das ist auch nicht gewollt. Der Slogan „Viel hilft viel“ sollte vielmehr umgemünzt werden in: „Viele helfen viel“. In diesem Sinne: Legen wir los!

Sigrid Mertineit

Die Lügen der Rentenkürzungspolitik

Klaus Ernst legte die Position der LINKEN dar

Bereits am 4. März lud Steffen Reiche, MdB (SPD), ins Stadthaus zu einer Diskussion zur Rente ein. Schließlich widmet sich auch die SPD diesem Thema.

Doch nicht Steffen Reiche war die Hauptperson, sondern der Abgeordnete der SPD-Fraktion im Bundestag, Anton Schaaf. Er referierte über die Rente und legte die Positionen seiner Partei dar. Hier nun die wichtigsten Punkte:

- Grundsätzlich befürwortet die SPD das umlagefinanzierte Rentensystem, welches an die Lohnentwicklung gekoppelt ist. Beiträge werden paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern erhoben.
- Da die Löhne jedoch in den letzten Jahren (wegen der Krise!) nicht gestiegen sind, gibt es auch weniger Rente für die zukünftigen Rentner.
- Die demografische Entwicklung in Deutschland (weniger Kinder werden geboren, es gibt mehr Ältere mit höherer Lebenserwartung) bewirkt, dass der Generationsvertrag nicht mehr im Gleichgewicht ist.
- Die Beiträge zur Rentenversicherung sollten nur noch bis 22% steigen, da sonst die Lohnnebenkosten zu hoch wären.
- Um diese Probleme zu lösen, musste also das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre angehoben werden. Außerdem muss jeder privat fürs Alter vorsorgen, damit er im Alter gut leben kann. Die Riesterreente wurde ins Leben gerufen. Ein so genannter Dämpfungsfaktor wurde eingeführt.
- Zum Problem der Ost-West-Ungerechtigkeiten bei den Renten hat die SPD kein Konzept. Sie bestreitet auch, dass das Rentenüberleitungsgesetz den Grundstein für diese Ungerechtigkeiten gelegt hat. Schließlich sind alle Ansprüche von Ost-Rentnern vor dem Verfassungsgericht abgewiesen worden.

Soweit, so gut. Dann kam aber der 22. April. An diesem Tag hatte die IG Politische Bildung des Kreisverbandes Klaus Ernst, Bundestagsmitglied der Linksfraktion, eingeladen, um die Positionen der LINKEN zur Rente darzulegen. Im Saal der Volkssolidarität im „roten Sandow“ entlarvte er in einer ein-

druckvollen Präsentation die Lügen, die als Begründungen für die unsoziale Rentenkürzungspolitik der SPD (und der anderen Neoliberalen) herhalten müssen.

- Die Demografie-Lüge: Eigentlich müsste doch, so Klaus Ernst, mehr Geld für Jeden da sein, wenn weniger Menschen sich den großen Kuchen aus eingezahlten Beiträgen teilen müssen.
- Die Ursachen für die Senkung des Lohnniveaus und daraus resultierender Altersarmut sieht er in der Einführung des Minilohnsektors, der ausufernden Leiharbeit zu Dumpinglöhnen und nicht zuletzt in der Einführung von HARTZ IV.
- Anhand von Grafiken und Modellrechnungen zeigte er, dass erst die Einführung der Riesterreente dazu führte, dass das Rentenniveau gesunken ist. Durch den Zwang zur Privatvorsorge werden die Arbeitnehmer außerdem mit rund 6% zusätzlich an der Rentenfinanzierung beteiligt. Die zukünftige Rente wird sich bei etwa 43% des Nettolohnes (vorher: 75%) einpegeln.

DIE LINKE hat konkrete Lösungsansätze:

- 1.** Ein gesetzlicher Mindestlohn muss her! Er sollte bei ca. 8,50 bis 8,70 Euro pro Stunde liegen und muss schrittweise auf zehn Euro pro Stunde steigen. Denn nur ein guter Lohn sichert auch eine auskömmliche Rente. Die Beschäftigten müssen mittels Lohnsteigerungen wieder an den Produktionssteigerungen teilhaben! Der Minilohnsektor muss weg! Leiharbeit muss reguliert werden, die Beschäftigten in dieser Branche müssen den gleichen Lohn erhalten wie ihre angestellten Kollegen. Das Mitspracherecht von Betriebsräten und Gewerkschaften muss wieder gestärkt werden.
- 2.** Um das Rentenniveau unter den jetzigen Bedingungen zu erhöhen, müssten zwar die Beiträge auf etwa 28% erhöht werden, jedoch würden Arbeitnehmer und Arbeitgeber paritätisch mit je 14% beteiligt.
- 3.** In die Rentensysteme müssen alle Erwerbstätigen einzahlen. Die Beitragsbemessungsgrenzen sollen nach und nach aufgehoben werden. So wäre auch sichergestellt, dass genug Geld für alle da ist.

4. Es sollte eine Leistungsobergrenze für die Rente geben, da besonders bei den höchsten Einkommen ein auskömmliches Leben im Alter auch durch andere Einkommensarten und Vermögen gesichert ist. Die so frei werdenden Mittel können für einen Solidarausgleich verwendet werden bei Menschen mit langen Ausfallzeiten und niedrigem Lohn. Eine Umverteilung also von oben nach unten.

5. Die Ungerechtigkeiten in den Ost-West-Renten müssen abgeschafft werden, und das kurzfristig, damit die derzeitigen Rentner das auch noch erleben!

6. Klaus Ernst präsentierte jedoch noch eine andere Rechnung: Würden alle Kürzungsfaktoren der letzten Jahre (Dämpfungsfaktor, Beitragsbemessungsgrenze, Riesterreente, Lohndumping) zurückgenommen, würden die Rentenbeiträge mittelfristig sogar sinken! Für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Lohnnebenkosten würden also gesenkt.

7. Wie soll das alles finanziert werden? Klaus Ernst machte eine einfache Rechnung auf: Allein die Erhebung einer „Reichensteuer“ würde mindestens 100 Milliarden Euro Steuereinnahmen erbringen. Auch die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenzen würde viel Geld in die Rentenkassen spülen. „Das Geld ist da, man muss es sich nur von dort holen, wo es ist!“ forderte er. Alles das präsentierte Klaus Ernst sehr anschaulich, gewürzt mit Witz und Charme in „perfektem oberbayerischem Hochdeutsch“. Die Frage aus dem Publikum, wie er denn als Linker mit den oftmals böartigen Attacken und der Häme aus dem gegnerischen Lager umgehen könne, beantwortete er dahingehend, dass dies mit einer guten Portion Humor und Schlagfertigkeit ganz gut gelingen würde.

Er gab uns mit auf den Weg, nicht nachzulassen im Bemühen, Menschen für unsere Ideen zu mobilisieren, auch wenn dies immer schwieriger wird.

P. S.: Bemerkenswert ist, dass der eingangs genannte Anton Schaaf und Klaus Ernst ihre politischen Wurzeln in der SPD und in der Gewerkschaft haben. Dass beide so unterschiedliche Wege gingen, zeigt sehr eindeutig, wie weit die SPD schon vom Pfad der Tugend abgekommen ist. *Sigrid Mertineit*

Kommentiert

Was DIE LINKE gegen die Krise vorschlägt

Jürgen Siewert warb im WK 65 für ein wirksames Antikrisenprogramm

Mit Häme nahm die Medien-Öffentlichkeit eine FORSA-Umfrage zur Kenntnis, die der LINKEN mal wieder ein Schwinden ihrer Beliebtheit bescheinigen möchte.

Ausgerechnet diese Partei, die seit Jahren Maßnahmen gegen die drohende Finanz- und Wirtschaftskrise forderte, hätte kein Antikrisenprogramm – so werden Krokodilstränen geweint. Die Bürger würden ihr keine Kompetenz zutrauen, den Ruin der Wirtschaft zu verhindern.

Nun ist es ja schon überhaupt einigermaßen eine Frechheit, die halbherzigen Versuche der Koalition mit Abwrackprämien für die Autoindustrie und Konjunkturpaketen als Rettung der Wirtschaft zu feiern.

Wohin uns das noch führen wird, werden wir ja zu spüren zu bekommen.

Aber davon abgesehen: DIE LINKE hat sehr wohl ein Antikrisenprogramm! Das erklärte Jürgen Siewert auf der Gesamtmitgliederversammlung.

Und wäre man auch nur bereit, einen Teil davon zu verwirklichen, könnten Gesellschaft und Wirtschaft beträchtlichen Nutzen ziehen.

Hier in aller Kürze ein paar Vorschläge der Linken:

- Die Millionäre zur Kasse bitten u.a. durch die Besteuerung von Finanztransaktionen.
- Ein Zukunftsprogramm für zwei Millionen Arbeitslose, dafür sollen pro Jahr 100 Milliarden Euro bereit stehen. Die Schaffung von 500 000 Arbeitsplätze im öffentlichen Beschäftigungssektor.
- Hartz IV muss weg!
- Die Schaffung einer zukunftsfähigen Industrie und die Vergesellschaftung der Banken.

Das alles wäre nicht finanzierbar? Na, da zählt doch nur mal die Hunderte von Milliarden zusammen, mit denen die Bundesregierung bisher versucht hat, die Löcher in der Wirtschaft zu flicken...

G. Krönert

Erklärung der Fraktion DIE LINKE Zur Sonder-Stadtverordnetenversammlung „Lagune“

Am Mittwoch, dem 18. März, fand auf Antrag der Fraktion CDU, FDP, FL Cottbus eine Sonder-Stadtverordnetenversammlung zum Thema „Lagune“ statt.

Der Antrag lautete auf nicht öffentliche Beratung. Um die Bürger zu informieren, wurde auf öffentliche Beratung abgestimmt.

Da es aber um ein laufendes Insolvenzverfahren geht, was auch die Antragsteller wussten, war die alle interessierende Frage der anwesenden Bürger und Beschäftigten der Lagune zur Zukunft des Bades nicht endgültig zu beantworten.

Alle aufgelisteten Fragen hätten auch in der Fraktion CDU, FDP, FL Cottbus



durch den für das Thema verantwortlichen Beigeordneten Finanzen und Bürgermeister, Herrn Kelch, der auch CDU-Mitglied ist, beantwortet werden können.

So empfanden meine Fraktionsmitglieder die Sonder-Stadtverordnetenversammlung als Farce und haben sich für diese Vorgehensweise geschämt.

Die Fraktion DIE LINKE wird das durch diese Sonder-Stadtverordnetenversammlung angefal-

lene Sitzungsgeld als Tierpatenschaft dem neu gebildeten Eigenbetrieb Tierpark zur Verfügung stellen. Es reicht bestimmt für einen Rosapelikan oder Rotluchs.

Anneli Richter

Wahlkampf? Das ist die Frage!

Bundestagsabgeordneter Steffen Reiche hatte eingeladen zu einer Gesprächsrunde mit Gesine Schwan, Kandidatin für die Wahl des Bundespräsidenten – und viele kamen ins Stadthaus am Altmarkt.

Bei mir – und auch bei vielen anderen Linken – löste das Befremden aus: Eine SPD-Veranstaltung in einem öffentlichen Saal innerhalb der Frist vor den Wahlen, in der Wahlkampf in öffentlichen Räumen nicht erlaubt ist? Schließlich musste unsere geplante Veranstaltung mit Klaus Ernst zum Rententhema vom Stadthaus genau aus diesem Grunde in eine andere weniger zentrale Örtlichkeit verlegt werden.

Doch Steffen Reiche beruhigte die Gemüter gleich zu Beginn der Veranstaltung: Dies sei ausdrücklich keine Wahlkampfveranstaltung der SPD. Und zum Beweis dafür stellte er gleich die beiden anwesenden Landtagsabgeordneten, Dr. Martina Münch und Kerstin Kircheis, vor. Also, wenn das kein Wahlkampf ist...

Im Übrigen war die Veranstaltung sehr gut gelungen. Gesine Schwan erhielt großen Zuspruch von den Anwesenden. Angenehm sachlich und frei von Wahlkampfgetöse legte sie ihre Ansichten dar und erntete viel Beifall.

Sigrid Mertineit

Was man in der Krise so braucht

Aus dem Topf des so genannten Konjunkturprogramms unserer Regierung bekommen Kinder pro Nase 100 Euro. Darüber können sie nicht meckern, weil sie noch klein und unschuldig sind.

Autofahrer können aber schon meckern und wählen, und bekommen dafür eine Prämie von 2500 Euro mit der tollen Bezeichnung „Umwelt“. Und sie denken, dass sie mit dem Kauf eines neuen Prestigeobjektes ein Schnäppchen gemacht haben.

Es gibt aber noch weitere Wirtschaftsbereiche, die von der Krise ganz böse durchgeschüttelt sind: Zu nennen sei hier die Rasenmäherindustrie. Zur Unterstützung dieses Industriezweiges hat das Bundespräsidialamt einen Bundespräsidialamtsrasenmäher gekauft. – Auch muss dieses Amt einen alten kriegengeschüttelten Quirl ersetzen.

Um aber während der Krise die Bundesrepublik Deutschland in Afghanistan, Sudan oder Kosovo zu schützen, werden noch folgende Militärhaushaltsartikel benötigt: 1000 Maschinenpistolen, 10 Spähwagen (mit MERCEDES-Beteiligung), Nachtsichtgeräte für die „Tornados“ und weitere Dinge des täglichen Bedarfs.

Uwe T.

In der Haushaltsdebatte (zusammen)gewachsen

Ein Bericht zur Stadtverordnetenversammlung am 25. März

Die Überschrift zu diesem Bericht habe ich bewusst gewählt. Liest man sie für sich allein, bestehen beim Leser dazu mit Sicherheit Fragen. Der aufmerksame Leser wird sie am Schluss aber verstehen. Zuerst aber zu den Fakten.

Am 25. März fand die 7. Tagung der Stadtverordnetenversammlung statt. Sie war die bisher wichtigste in der V. Wahlperiode. Zwei Themen bestimmten diese Sitzung. Erstens fand auf Antrag der Fraktion Die Linke eine aktuelle Stunde zur „Situation von Menschen mit Behinderungen und ihrer Angehörigen in der Stadt Cottbus“ statt (Die örtliche Presse hat die Tatsache, dass die Fraktion Die Linke der Initiator war, leider verschwiegen). Zweitens wurden die Vorlagen zum Haushalt 2009 (2. Nachtragshaushalt im Rahmen des Doppelhaushaltes 2008/2009) sowie zum Haushaltssicherungskonzept bis 2012 beschlossen.

Aber der Reihe nach. Der erste Tagesordnungspunkt war ein sehr emotionaler. Jürgen Maresch (Die Linke) hatte als Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Rechte der Minderheiten diesen Teil der Stadtverordnetenversammlung mit vorbereitet.

Menschen mit Behinderungen aus der Stadt Cottbus berichteten über ihr Alltagsleben und die Probleme, die es dabei gibt. Über 16 700 Menschen mit Behinderungen leben in unserer Stadt. Das sind fast 17 Prozent der Bevölkerung. Allein aus dieser Zahl wird ersichtlich, welchen Stellenwert das Thema für Cottbus hat. Stellvertretend für die Menschen mit Behinderungen sprachen Frau Heller-Richter und Herr Haar. Sie berichteten, dass es in Cottbus durchaus Fortschritte bei der Ausgestaltung der Lebensräume für sie gibt, aber gleichzeitig noch viel zu tun ist. So sind z.B. in den letzten Jahren in der Stadt an vielen Bereichen Bordsteine abgesenkt worden, was eine Erleichterung für Rollstuhlfahrer darstellt, aber für Blinde keinen Nutzen erbringt. Ampelanlagen sind nicht überall mit akustischen Signalen ausgestattet. Und wie soll ein Blinder eine Nummer ziehen und die Zahlen erkennen, wenn er eine Behörde aufsuchen muss? Hier ist auch mehr Miteinander gefragt. Jeder sollte, nein muss hier denjenigen helfen, die Hilfe benötigen. In den nächsten Wochen werden die Stadtverordneten über die Vorlage „Verwirklichung

der Chancengleichheit für behinderte Menschen in der Stadt Cottbus – Gestaltung einer zunehmend barrierefreien Stadt“ beraten. Die Mitglieder der Fraktion Die Linke werden dazu ihren Beitrag leisten.

Der zweite Teil der Beratung am 25. März war etwas nüchterner, aber immens wichtig für die weitere Entwicklung unserer Stadt. Ging es doch darum, welche Mittel für 2009 und die folgenden Jahre für die einzelnen Haushaltsposten zur Verfügung stehen. Im Vorfeld der Beschlussfassung gab es fast unzählige Beratungen in der Fraktion, in den Ausschüssen sowie mit dem Partner innerhalb der Kooperationsvereinbarung, der Fraktion der SPD. Unser Standpunkt war, wie wir es im Kommunalwahlprogramm formuliert hatten: „Sparen ja, aber nicht totsparen.“ Natürlich kann man nicht alle Dinge erreichen.

Wir können aber einschätzen, dass die Fraktion Die Linke sich in vielen wichtigen Punkten durchgesetzt hat. Was gehört dazu?

1. Der Ausstieg aus dem kommunalen Arbeitgeberverband konnte verhindert werden.

Damit werden die Mitarbeiter der Stadtverwaltung wie bisher entlohnt. Da schon jetzt das Arbeitspensum innerhalb der Verwaltung stark angestiegen ist, ist es nur gerecht, wenn die Mitarbeiter für ihre Arbeit ein entsprechendes Entgelt bekommen. Ein Austritt hätte sowieso nur eine geringe Entlastung des Haushalts erbracht.

2. Der vorweggenommene Ausstieg aus der Straßenbahn wurde verhindert. Die Linke hat die Auffassung vertreten, dass eine Gesamtdebatte zur Entwicklung des öffentlichen Nahverkehrs erforderlich ist, bei der alle Aspekte einer genauen Überprüfung unterzogen werden müssen. Wir haben deshalb die Formulierung eingebracht, den ÖPNV zu optimieren und keine Schnellschüsse zuzulassen.

3. Der Punkt „Reduzierung der Kosten für die Schülerbeförderung“ wurde gestrichen. Es macht keinen Sinn eine Reduzierung zu beschließen, wenn erst vor kurzem durch die Landesregierung eine Zuschusserhöhung erfolgte.

4. Die Privatisierung bzw. Auflösung des Eigenbetriebes Grün- und Parkanlagen wurde gestoppt.

Eine Privatisierung erbringt keine Vorteile für den Haushalt der Stadt, da bei einer privaten Vergabe der Leistungen die Mehrwertsteuer jeweils entrichtet werden muss.

5. Bereitstellung von 300 000 Euro im Haushalt 2009 für zusätzliche sozialpolitische Maßnahmen in der Stadt Cottbus. Dieser Punkt aus der Kooperationsvereinbarung mit der SPD war lange umstritten und umkämpft. Auch wenn unsere Fraktion gern mehr Geld dafür zur Verfügung gestellt hätte, haben wir doch damit Möglichkeiten, um auf sozialpolitischem Gebiet in unserer Stadt noch etwas mehr zu tun.

Dies sind nur einige Punkte, die durch die Fraktion initiiert wurden. An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass auch andere Fraktionen oder einzelne Mitglieder diesen Punkten zustimmten.

Die Mitglieder der Fraktion Die Linke sind sich sicher, dass sie mit ihren Beiträgen zur Beschlussfassung dazu beigetragen haben, dass linke Politik sichtbar und erlebbar wird. Es hat sich als richtig erwiesen, dass in einer Kooperation durchaus mehr erreicht werden kann, als in einer Opposition.

Ach so. Die Wortwahl der Überschrift muss ich noch erklären. Die Fraktion ist in dieser Diskussion zum Haushalt und der damit verbundenen Arbeit zusammengewachsen und in sich gewachsen. Deshalb habe ich die Überschrift gewählt.

*Dr. Ulrich Schur,
Mitglied der Fraktion DIE LINKE*



Die Kommunen und die EU

Europa beginnt vor der Haustür!

Obwohl Brüssel und Straßburg relativ weit von Brandenburg entfernt sind, haben 70 bis 80 Prozent der dort getroffenen Entscheidungen unmittelbare Wirkung auf das Leben hierzulande: Wenn das Licht eingeschaltet wird, kommt die EU aus der Steckdose, weil die Stromdurchleitungsrechte durch die EU gewährleistet sind. Beim Aufdrehen des Wasserhahns können die Bürgerinnen und Bürger in jedem Mitgliedsstaat sicher sein, dass Trinkwasserqualität durch die Gemeinschaft gewährleistet ist.

Auf Lebensmittelverpackungen finden sie die Angaben über Inhaltsstoffe und Produzenten, so wie sie auf europäischer Ebene festgelegt wurden. Umweltbewusstem Busfahren liegen die gleichen europäischen Sicherheitsbestimmungen zugrunde, gleichgültig ob in Spanien oder in Deutschland. Gemeinde- und Stadträte haben sehr oft in ihren Entscheidungen Rahmenbedingungen zu beachten, die durch EU-Recht vorbestimmt sind. Die Vergabe öffentlicher Aufträge wird wesentlich durch Richtlinien zur Gewährung der Wettbewerbs-, Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit beeinflusst.

Nicht wenige Entscheidungen machen den hiesigen Mehrheitspolitikern Dampf unter dem sprichwörtlichen... Nicht verschwiegen werden darf aber auch: EU-Politik hat nicht selten negative Wirkungen.

Und das betrifft dann nicht nur die Krümmung der Gurke, die im vergangenen Jahr – gegen den Widerstand Deutschlands – als EU-Norm abge-

schaftt wurde. Vor allem sind es die Binnenmarktregeln, die negative Auswirkungen auch und gerade auf die Gestaltung von Kommunalpolitik in unseren Städten und Gemeinden haben.

Europa mischt mit. Die EU beeinflusst maßgeblich Entwicklungen in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung, ÖPNV, Wohnen sowie Krankenhäuser. Die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge werden zunehmend nach dem Willen der EU privatisiert. Auch in anderen Bereichen meldet sich die EU zu Wort. Denken wir etwa an die Pflicht der Kommunen, die Vergabe von Aufträgen grundsätzlich europaweit auszuschreiben.

Dabei sollten Kommunalpolitiker wie Bürger gründlich prüfen, was die EU denn wirklich vorschreibt – nicht selten nehmen Landräte oder Bürgermeister die EU in Haftung, wenn sie eigene politische Ziele umsetzen wollen.

Nicht überall, wo EU darauf steht, ist auch EU drin.

Den Kommunen Dampf machen hingegen können Gerichte, z.B. wenn es um die Einhaltung der EU-Arbeitsrichtlinie geht, die bisher Höchstarbeitszeiten von 48 Stunden pro Woche vorschreibt. Auch für die kommunalen Betriebe und Einrichtungen.

So waren fünf Angehörige einer Berufsfeuerwehr im März vor einem Verwaltungsgericht erfolgreich – sie hatten jahrelang Dienst und Bereitschaftsdienst in Höhe von 55 Wochenstunden abgeleistet. Dafür bekamen sie nun einen Freizeitausgleich bis zu 275 Stunden zuge-

sprochen. Gerade weil solcherlei Urteile von Gerichten nicht selten sind, haben die Mitgliedstaaten die EU-Arbeitszeitrichtlinie ins Visier genommen: Sie wollen die 48-Stunden-Regelung aufweichen.

Die Mehrheit des Europäischen Parlaments hat sich bisher erfolgreich dagegen gewehrt, den Mitgliedstaaten Ausnahmeregelungen bis zu 65 Wochenstunden zu erlauben. Kommt es bis zum Ende der laufenden Wahlperiode zu keinem Kompromiss, gilt die bisherige Regelung weiter und in den Mitgliedstaaten sind Neuregelungen für die Anrechnung von Bereitschaftszeiten auch in kommunalen Einrichtungen notwendig.

Europa, genauer die EU ist in den Kommunen aber auch über zahlreiche Förderprogramme präsent. Seit 1990 entstanden mit europäischer Unterstützung Infrastrukturprojekte, wurden wirtschaftliche Ansiedlungen und Kooperationen gefördert, Arbeitslose qualifiziert und wieder in Arbeit gebracht, der ländliche Raum entwickelt, Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen auf den Weg gebracht und eine häufig kleinteilige grenzüberschreitende Zusammenarbeit an Oder und Neiße organisiert. In der jetzigen siebenjährigen Förderperiode werden bis 2013 erneut drei Milliarden Euro nach Brandenburg fließen.

Die Rahmenbedingungen für deren Einsatz werden maßgeblich im Land bestimmt – die Spielräume für eine Landesstrategie sind nicht nur gegeben, die EU verbindet ihre Förderung von strukturschwachen Regionen mit dieser Forderung.

Die Fakten sind überzeugend: Die EU hat großen Einfluss auf das, was in unseren Städten und Gemeinden passiert. Und dennoch messen die Bürgerinnen und Bürger der EU-Politik oftmals nicht die gleiche Bedeutung zu wie Entscheidungen auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene.

Im Vorfeld der Europawahlen sollten wir einen Beitrag dazu leisten, dass hier ein Umdenken in Gang gesetzt wird: Europa, die EU beginnt vor unserer Haustür. Deshalb lohnt es sich, am 7. Juni seine Stimme für das Europaparlament abzugeben. Am besten für DIE LINKE!

Gerlinde Stobrawa, Europapolitische Sprecherin der Landtagsfraktion



**Veranstaltung mit
Helmut Scholz,
Mitglied des Parteivorstandes der
Europäischen Linkspartei**
(Kandidat der LINKEN für das Europaparlament
mit aussichtsreichem 8. Listenplatz)

am Dienstag, 12. Mai 2009, 18.00 Uhr,
im „Brandenburger Hof“.

Thema: „Was geht uns denn Europa an?“

Wir laden alle GenossInnen und Interessenten herzlich dazu ein.

Zur Europawahl 2009

Gespräch mit Helene

Helene, 66 Jahre, einst Weberin, heute Rentnerin und glückliche Oma, gehört zu meinen Bekannten. Sie hat ihr Herz auf dem rechten Fleck, schimpft über Dinge, die ihr nicht gefallen, will alles genau wissen und fragt immer nach.

Schon wieder eine Wahl ... stöhnte neulich Helene, als wir auf die Europawahl am 7. Juni dieses Jahres zu sprechen kamen. Und dann legte sie los: „Europäische Union, die kann mir gestohlen bleiben, von der haben wir doch keinen Nutzen, die Europaabgeordneten sitzen in Brüssel, fassen Beschlüsse, beschließen und wir baden es dann aus...“ Zum Schluss sagte sie dann noch: „So wie ich denken viele!“

Hat Helene Recht?

In manchen Dingen sicherlich ja! Oftmals ist es wirklich so, dass die dort gefassten Beschlüsse gegen die nationalen Interessen einzelner Länder verstoßen und mitunter auch sinnlos sind. Was haben wir gelacht, als die EU den Verkauf krummer grüner Gurken oder zu kleiner Bananen verbot, oder wie sie jetzt die Glühlampen durch Sparlampen ersetzen will. Gut, dass man oftmals die Irrsinnigkeit solcher Beschlüsse erkannte und sie dann selbst aufhob. Nicht zum Lachen, aber dafür bitter ernst, sind ihre befürwortenden Beschlüsse zur NATO oder zum Lissaboner Vertrag, der die Verfassung der EU ersetzen soll und durch viele undemokratische Inhalte gekennzeichnet ist. Kein Wunder, dass einzelne Völker und Staaten (Irland, Tschechien) dagegen Vorbehalte haben. Hätte man in der BRD die Menschen durch eine Wahl entscheiden las-

sen, der Vertrag wäre auch bei uns nicht angenommen worden. Deswegen entschied der Bundestag und Bundesrat selbstherrlich allein darüber.

Helene funkt dazwischen. Also muss die EU aufgelöst werden!

Nein Helene, ich wäre dagegen, denn in der EU gibt es auch Sinnvolles. Vernünftig finde ich es, dass die Staaten und Völker Europas danach streben, sich zu vereinen, sich anzunähern und zu einer friedlichen und für ihre Bürger nützlichen Zusammenarbeit zu gelangen. Das ist besser, als aufeinander zu schießen, so wie es im Ersten und Zweiten Weltkrieg des vergangenen Jahrhunderts war.

Nützlich ist z. B., dass Rentner, die ein ausreichendes Einkommen und Krankenversicherungsschutz haben, in jedem anderen EU-Staat ihren Wohnsitz nehmen können. So wohnen z. B. Bekannte von mir in Frankreich und fühlen sich dort sehr wohl. Gut ist es auch, dass die EU Fördermittel für städtebauliche Maßnahmen vergibt. Davon profitieren auch wir an der Oder-Neiße-Grenze. Doch es gilt nicht nur die EU zu erhalten, sondern sie zu verändern, so zu verändern, dass die Machthaber in den Ländern die EU nicht mehr für ihre egoistischen nationalen Zwecke missbrauchen können...

Und wieder Helene: Wer soll denn das tun? Doch nicht etwa die CDU-, SPD-, FDP-Fraktionen im EU-Parlament?

Da hast du Recht, Helene, ist meine Antwort. Die einzige Kraft dafür könnte nur die Konföderation der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke sein. Gegenwärtig gehören ihr 40 Mitglieder aus 17 Parteien Europas an. Dazu ge-

hört auch die Deutsche LINKE mit sieben Europaabgeordneten. Zu ihren Vorschlägen gehören z. B. die Durchsetzung eines europäischen Mindestlohnes und einer europäischen Mindestrente. Um die EU zu demokratisieren, die wirtschaftlichen und politisch-sozialen Interessen der Menschen in den Mitgliedsstaaten der EU besser durchzusetzen, ist aber eine starke linke Kraft in der EU erforderlich. Doch ohne Wahl geht das nicht und diese findet im Land Brandenburg am 7. Juni statt.

Kann denn jeder wählen, fragt nun Helene?

Nein sage ich, denn auch hier gibt es Einschränkungen. Wahlberechtigt ist nur der, der Bürger eines EU-Landes ist, das 18. Lebensjahr erreicht hat und sich nachweislich seit mindestens drei Monaten in der BRD aufhält. Jeder Wähler hat aber nur eine Stimme und mit dieser wählt er dann eine Liste. Lothar Bisky führt die Liste der LINKEN in der BRD an, 13 weitere Kandidaten folgen!

Helene wirft ein: Ich wollte aber Anfang Juni zu meiner Tochter fahren und wieder einmal meine Enkelkinder sehen. Also kann ich nicht wählen!

Du irrst dich, antwortete ich, denn ab 10. April ist auch eine Briefwahl möglich und so können alle, die wollen, auch ihre Stimme abgeben, unabhängig von ihrer Anwesenheit am Wohnort, ihres Gesundheits- und Alterszustandes.

Selten lässt sich Helene das letzte Wort nehmen: „Also werde ich wählen gehen. Und klar ist für mich, dass ich die Liste der LINKEN wählen werde, denn ihre Ziele gefallen mir am besten und würden mir am meisten nützen.“ (Red.)



Briefwahl sofort möglich!

So einfach geht's

Per Brief wählen geht ganz einfach. Den Antrag dazu kann man jetzt schon stellen, dann kommen die Unterlagen ins Haus. Man beantragt einen Wahlschein bei seiner Heimatgemeinde, in deren Wählerverzeichnis man eingetragen ist. Das geht persönlich, per Brief, per Telegramm, per Fax, per E-Mail, aber nicht telefonisch.

Das Innenministerium hat das Verfahren zur Europawahl noch weiter erleichtert: Unter www.wahlen.brandenburg.de finden Sie ein Formular, das am Computer ausgefüllt werden kann und dann an die zuständige Behörde weitergeleitet wird. Schon ist der Antrag auf dem Weg. Behinderte können dafür auch die Hilfe von anderen in Anspruch nehmen. Diese müssen hierzu eine schriftliche Vollmacht vorweisen. Der Antragsteller muss Familiennamen, Vornamen, Geburtsdatum und seine Wohnanschrift angeben.

Letzter Termin für die Beantragung von Wahlscheinen und Briefwahlunterlagen ist zwei Tage vor der Wahl, also Freitag, 5. Juni 2009, 18.00 Uhr. In Ausnahmefällen (wie plötzlicher Krankheit) ist die Beantragung noch bis um 15.00 Uhr am Wahlsonntag möglich.

Die Briefwähler erhalten mit den Unterlagen das Merkblatt mit Hinweisen über das weitere Verfahren.

Und dann wählen (Sie haben nur eine Stimme!), Stimmzettel in blauen Umschlag stecken, zukleben, Erklärung auf dem Wahlschein unterschreiben, beides zusammen in den roten Briefumschlag tun und unfrankiert in einen Post-Briefkasten stecken.

Leserdiskussion: Was brachte Dir persönlich die Einheit?

Die DDR – die Wende – und ich

Sicher geht es Vielen so wie mir: was habe ich mich schon über die Verzerrung, ja Lügen über die DDR geärgert, ja es hat mich wütend gemacht. Und es war nicht nur westdeutsche Arroganz.

Oft habe ich mich dann gefragt, ja habe ich vielleicht innerhalb der DDR auf einer Insel gelebt? Jeder erlebt ja „Geschichte“ immer nur partiell und eigentlich jeder je nach Wesensart auch anders.

Ich und meine Familie fanden uns in guter Übereinstimmung mit den sozialistischen Zielen des Staates DDR, fanden uns sozial behütet und sicher, was unsere Zukunft betraf. Obwohl ich nicht verhehlen will, dass wir stets sparsam umgehen mussten. Aber auch in unserem Familienkreis wurde gern und oft über Politik gestritten. Immerhin war einer unserer Söhne Student in Merseburg, später tätig im Kombinat Schwarze Pumpe und in BKK Knappenrode; unser Jüngster besuchte die Offizierhochschule in Löbau, unsere Tochter, tätig im TKC,

studierte fern neben Familie und zwei Kindern; mein Mann war Gewerkschaftsfunktionär und ich Lehrerin an der Bezirksparteischule. Eine gute Durchmischung der verschiedenen Bereiche der Gesellschaft, des Lebens, meine ich.

Ja sicher gab öfter Zweifel, ob die Art und Weise der Politik keine Alternative kennt. Aber Zweifel war auch für uns (wie für Pestalozzi) „Suchen“ und nicht „Ratlosigkeit“.

Als offensichtlich war, dass der Staat DDR in dieser Welt und so wie er war, nicht zu retten war, da haben wir alle lange gebraucht, um uns in dieser neuen Gegenwart zurecht zu finden. Mein Ältester sprach zurecht von einem Kulturschock – und nimmt auch heute davon kein Wort zurück, denn die folgenden Jahre sollten ihn dann erleben lassen, wie sein Studium und mehr ad absurdum geführt wurden. Mein Mann konnte sich Zeit seines Lebens nicht richtig von dem Schock des Niedergangs eines „Neuen

Deutschland“ erholen, ja und ich? Ich habe mindestens 2, 3 Jahre gebraucht, um einen neuen Ansatz zu finden, was und wie unter neuen Bedingungen „Linke Politik“ sein kann.

Nie kam mir der Gedanke, dass die humanistischen Grundideen von Marx und Engels nicht richtig seien, vielmehr kam mir die bittere Erkenntnis, dass man auch eine große Sache schlecht machen kann, so dass sie schließlich auch im Nachhinein für leider viele einen nicht guten Nachgeschmack hat. - Oder? Waren die Erkenntnisse und die Bedingungen nicht reif genug? War nicht auch der Versuch eine gute Sache? Und: hat es sich nicht das internationale Monopolkapital Milliarden kosten lassen, um den „Sozialismus“ niederzuringen? – Fragen über Fragen –!

Es bleibt für mich aber dennoch die Erkenntnis von Brecht, dass sich nur soviel Wahrheit durchsetzt, wie wir ihr dazu verhelfen.

Gudrun Hibsich

Was lerne ich von der so genannten Einheit?

Hiermit möchte auch ich mich zum Mauerfall vor zwanzig Jahren äußern. Für mich ist das seltsamerweise ganz einfach, aber, wenn ich es genau bedenke, doch relativ kompliziert, oder besser gesagt etwas, was mich mehr und mehr zum Nachdenken bringt.

Ich, Horst Wiesner, 1948 in Görlitz geboren, versuche es einfach. Ich bin Journalist und, wie Ihr lieben „Herzblatt“-Leser sicher auch mitbekommen habt, derjenige, der seit einiger Zeit versucht, diese herrliche Zeitung noch herrlicher zu machen.

Doch zunächst drei Erfahrungen aus Begegnungen, die ich hatte, und die, wie ich denke, exakt zu dieser Thematik passen. Dazu muss ich erklären, dass ich kurz nach der Wende unter anderem als so genannter NATO-Berichterstatter der LR tätig gemacht wurde. Da kam dann auch eine Einladung zu einer mehrwöchigen Tour durch die USA und Kanada zu Informationen über die dortige Bundeswehr-Flugausbildung.

Erfahrung Eins: Die erste Station war El Paso an der Grenze zu Mexiko, wo sich ei-

ner der größten NATO-Flughäfen befindet und wo es eine originale V2 zu sehen gibt. Denn dort hat Wernher von Braun im USA-Interesse begonnen, seine Forschungen für die Raumfahrt zu betreiben. Es gab dann für uns Journalisten die Möglichkeit, über den Rio Grande in das Nachbarland Mexiko zu wandeln. Ich sah von der Brücke hinunter und starrte staunend. Da gab es auf amerikanischer Seite, soweit man von links nach rechts sehen konnte, am Ufer mehrere „Streifen“: Ein Stacheldrahtzaun, dann ein weiterer und noch ein weiterer. Dazwischen sah man bewaffnete Militärs mit Hunden und auch nur Hunde hin und her streifen. Ich fragte einen deutschen Oberst, der uns begleitete, was das sei. Er grinste und meinte: „Hier hat Ihre DDR gelernt, wie man in Berlin die Mauer sichert.“

Erfahrung Zwei: Wir waren dann an einem Abend zu einem Empfang in der Deutschen Botschaft in Washington eingeladen. Erst vieles Gerede, dann ein gemütlicher speise- und trinkreicher Abend. Nach etlichen Runden setzte sich ein General neben mich. Er sprach ziemlich laut: „Herr

Wiesner, ich will Ihnen einmal etwas sagen: Was Sie in Ihrer DDR über das verkommene und verrottete System des Imperialismus gelernt haben, Herr Wiesner.“ Ich wollte aufstehen, weil ich dachte, dass ich mir das ja nun wohl nicht anhören müsse. Da hielt mich der General fest, schaute nach links und rechts und sagte ziemlich leise zu mir: „Da haben Sie genau das Richtige gelernt. Das werden Sie schon bald merken!“

Erfahrung Drei: Ich hatte dann noch nach der „Wende“ etliche Begegnungen. Da war eine in Dresden. Da kam der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl (Noch längst nicht befugt, über Gesamt-Deutschland zu entscheiden) mit einem Privatflieger an. Die Westjournalisten sprachen ihn an: Sie bringen ja ein schlechtes Wetter mit. Er antwortete: Wenn ich komme, bringe ich immer gutes Wetter mit. Viele lachten, ich dachte: Was soll das?

Was lernte ich daraus, was ich eigentlich schon vorher wissen sollte oder wusste? Was kann ich jetzt mit diesen Erfahrungen anfangen? Dazu werde ich mich demnächst noch äußern. *Horst Wiesner*

Leserdiskussion: Was brachte Dir persönlich die Einheit?

Wie wir die Wende erlebten

Ende August 1989 traten wir unseren Jahresurlaub über den FDGB an. Wir hatten zu unserer großen Freude einen Platz in Warnemünde erhalten. Mit dem Wetter hatten wir großes Glück, und was uns am meisten beeindruckte, war die Tatsache, dass wir überall ohne weiteres in den Gaststätten und zu jeder Zeit einen Platz bekamen. Und auch war genügend Bedienung da und sogar freundlich, obwohl wir nicht mit Westgeld gezahlt haben. Die schöne Reise war am 10. September zu Ende. Am Abend schalteten wir zu Hause den Fernseher ein – und trauten unseren Augen und Ohren nicht! Wir mussten mit ansehen, wie viele DDR-Bürger mit Kind und Kegel (und Auto) die ungarische Grenze in Richtung BRD überschritten! Wir konnten es nicht glauben und sprachen den ganzen Abend kein Wort. Wir waren fasziniert! Nachts konnten wir beide nicht schlafen.

Ähnlich ging es uns, als die Montagsdemos in Leipzig übertragen wurden. Dass keine Gewalt von seitens des Staates angewandt wurde, war sehr gut. Wir bewunderten die Bürger, die sich trauten auf die Straße zu gehen. Denn auch wir waren unzufrieden mit der Entwicklung in der DDR in den letzten Jahren. Es lag regelrecht in der Luft, dass etwas passieren musste. Als in Leipzig nach dem Ruf „Wir sind das Volk“ die Losung „Wir sind **ein** Volk“ aufkam, war mir klar, woher der Wind wehte, und wer dahinter steckte. In Cottbus jedenfalls war bei den Montagsdemos, bei denen ich mich einreichte und die an der Stadthalle endeten, von solchen Parolen nichts zu hören.

Die Reaktion der Bürger war auf die einzelnen Redner zwar unterschiedlich, aber das fand ich normal. Irgendwie war es befriedigend, dass sich nun endlich etwas tat. Allerdings hörte ich von niemand, dass er sich die BRD wünscht, sondern alle wollten bessere Zustände hier, in der DDR.

Aber bevor in Cottbus die Demos stattfanden, lief am 4. November die große Demo auf dem Alexanderplatz in Berlin. Zur gleichen Zeit hatten sich auf unserem Bungalow-Grundstück viele Sportfreunde eingefunden, die uns an diesem Tag beim Bau helfen wollten – sozusagen

als Dankeschön und als Anerkennung für die viele ehrenamtliche Arbeit, die Karl für die Sportgemeinschaft in den vergangenen Jahren geleistet hatte. Ausgerechnet an diesem Tag! Das konnte ja vorher keiner wissen. Ich schaffte also das Radio nach draußen und stellte den kleinen Junost-Fernseher ins offene Fenster, damit alle an dem erhebenden Geschehen teilhaben konnten. Es war ein großartiges Gefühl, auch wenn man nicht direkt dort anwesend war. Alle hofften, dass es nun bergauf gehen würde!

In meinem Betrieb, dem VEB BuS Welzow, hatte sich mittlerweile die Rheinbraun AG breit gemacht. Manche dachten, sie würden uns helfen und dafür sorgen, dass wir endlich neue Geräte anschaffen könnten. Geld wäre genug dagewesen. Aber bald zeigte es sich, dass sie ganz andere Ziele hatten. Ein Jahr später war der Betrieb zerschlagen und letztlich Vattenfall eingegliedert. In unserer Betriebsorganisation stritten wir uns um die künftige Bezeichnung, ob SED oder PDS/SED. Dabei wären ganz andere Dinge wichtig gewesen. Aber soweit waren wir noch nicht in unseren Gedanken. Alle glaubten noch an eine bessere DDR.

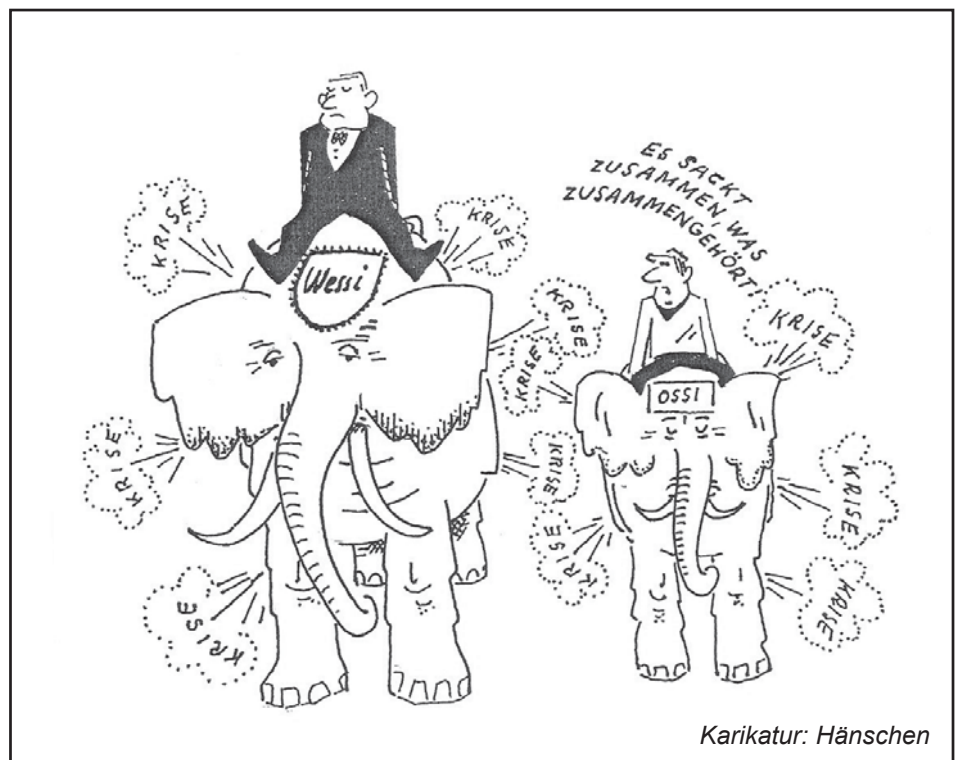
Wie es weiter ging, ist im großen

Rahmen allgemein bekannt. Unsere Hoffnungen hingen an Hans Modrow und Christa Luft. Aber „das Volk“ wollte die D-Mark, und so fiel die Wahl im März dann auch aus. Heute bereut das sicher mancher, denn **so** haben das die Wenigsten gewollt.

Und nach der Wahl war es auch keiner gewesen. Außerdem haben nur ca. 45 Prozent die CDU gewählt. Das bedeutet bei der damaligen Wahlbeteiligung, dass nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung diese Partei und damit diese Politik wollte!

Mein persönliches Schicksal war im April auch besiegelt: Da ich schon Rentner war, bekam ich einen Aufhebungsvertrag und war ab Mai 1990 draußen. Wenn es mir heute auch finanziell nicht schlecht geht, hat mir doch in der ersten Zeit die Arbeit sehr gefehlt. Deshalb habe ich mich auch beizeiten der PDS als ehrenamtliche Mitarbeiterin zur Verfügung gestellt. Zu meiner Freude konnte ich von Anfang an das Mitgliederprogramm am Computer mit aufbauen und bearbeiten. Da fühlt man sich doch gebraucht! Heute machen das jüngere Genossen, und es ist gut so, dass es sie gibt!

Ingeborg und Karl Müller



Gedanken zur Verfassung der DDR

Das Dokument wies auf die staatliche Einheit Deutschlands hin

1949, ein Jahr, welches mir in steter Erinnerung bleiben wird, denn mit der Wahl des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und einer Regierung war am 20. September die BRD entstanden. Damit war die Spaltung Deutschlands vollzogen.

Daraus ergab sich die Notwendigkeit zur Gründung eines Staates auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), und so entstand am 7. Oktober durch die Umbildung des deutschen Volksrates zur provisorischen Volkskammer, der Inkraftsetzung der Verfassung, der Wahl der provisorischen Regierung und der Wahl von Wilhelm Pieck (11.10.) zum Präsidenten, der zweite deutsche Staat, die DDR.

Den Staatsgründungen war für die BRD die Erarbeitung eines Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat (65 Personen) am 8. Mai 1948 und die nachfolgende Bestätigung durch die Landtage der einzelnen Bundesländer im Monat Mai vorausgegangen.



Die am 7. Oktober 1949 bei der Gründung der DDR angenommene Verfassung wurde im August 1948 begonnen und der Entwurf den deutschen Menschen in der Ost- und Westzone zur Diskussion

unterbreitet. Dieser wurde in vielen Versammlungen der Betriebe und Gemeinden diskutiert, zugestimmt bzw. abgelehnt und korrigiert. Eingereicht wurden 503 Abänderungsvorschläge, die dann zur Veränderung von 52 der insgesamt 144 Artikel führten.

Als am 30. Mai 1949 der Gesamtdeutsche Volkskongress die Verfassung annahm, war damit ein Dokument entstanden, welches auf die Beibehaltung der staatlichen Einheit Deutschlands hinwies.

So hieß es im Artikel 1: „Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik, sie baut sich auf den deutschen Ländern auf.“ Und der Artikel 2 besagte: „Die Farben der Deutschen Demokrati-

schen Republik sind Schwarz-Rot-Gold. Die Hauptstadt der Republik ist Berlin.“

Für mich und viele andere junge Menschen in meinem Alter war die Annahme der Verfassung etwas sehr Bedeutsames, denn erstmals wurden in ihr die Rechte eines Bürgers bestätigt. Ich denke dabei z. B. an den Artikel 15, worin es u. a. hieß: „Das Recht auf Arbeit wird verbürgt.“ Ich konnte nach Abschluss meiner Lehre im damaligen SAG-Betrieb (Sowjetische Aktiengesellschaft) Schwarzheide meine Tätigkeit als Chemielaborant fortsetzen und gehörte nicht zu den vielen Menschen, die wegen der Kriegszerstörungen noch keine Arbeit hatten, diese dann aber im Laufe der nachfolgenden Zeit erhielten.

Im Gegensatz dazu war und ist bis heute im Grundgesetz das Recht auf Arbeit nicht enthalten, sondern es wird nur erklärt: „Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.“

Doch was nützt die Möglichkeit des „freien Wählens“, wenn das Recht auf Arbeit nicht vom Staat garantiert wird. Diese Tatsache bekommen viele meiner Bekannten und deren Kinder zu spüren, denn im Bereich der Agentur für Arbeit in meiner Heimatstadt Guben hatten wir im März 2009 – also fast 20 Jahre nach Beitritt der DDR zur BRD noch immer 2277 Arbeitslose. 16 Prozent der möglichen Erwerbstätigen, die gezwungen sind, durch Arbeit ihre Existenz zu sichern, nutzt also die Freiheit des Wählens gar nicht.

Betrachte ich unter diesem Gesichtspunkt die erste Verfassung der DDR, dann verstehe ich nicht den Standpunkt der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Linkspartei, Halina Wawzyniak, die die Rechte und die sich daraus ergebenden Pflichten als Ausdruck eines vor-mundschaftlichen Staates bezeichnete. Für mich war und ist es verständlich, dass ich, wenn ich ein Recht auf Arbeit habe, auch bemüht sein muss, meine Arbeitspflichten gewissenhaft zu erfüllen.

Auch wenn ich in meinem Artikel nur als Beispiel das Recht auf Arbeit anführe, so gilt das nach meinem Verständnis auch inhaltlich für andere Rechte in der ersten Verfassung der DDR.

Tatsache ist aber auch, dass diese Verfassung Artikel enthielt, die bereits in dieser Zeit durch die Willkür der Partei-

und Staatsorgane verletzt und missachtet wurden. Ich denke da z. B. an den Artikel 4, wo betont wird: „Gegen Maßnahmen, die den Beschlüssen der Volksvertretung widersprechen, hat jedermann das Recht und die Pflicht zum Widerstand.“ Dagegen wurde meines Erachtens mit den Maßnahmen gegen den Protest der Werktätigen am 17. Juni 1953 gröblichst verstoßen.



Walter Ulbricht beim Unterzeichnen der neuen Verfassung im Rahmen eines Staatsaktes am 8. April 1968

Foto: wikipedia.de

Als am 6. April 1968 die zweite Verfassung der DDR in Kraft trat, hatte diese vom demokratischen Inhalt der vorausgegangenen Verfassung vieles eingebüßt. Das kommt besonders im Artikel 1, der den Führungsanspruch der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei festschrieb, zum Ausdruck.

Zugleich sind aber die Rechte der Bürger entsprechend den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen erweitert worden, auch wenn diese Rechte dann durch die Politik der SED und des Staates oftmals negiert wurden.

Bedauerlich finde ich es, dass bis zum heutigen Tag der Artikel 146 des Grundgesetzes: „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist“, von den regierenden Kräften in der BRD missachtet wird.

Oder fürchtet man etwa die freie Entscheidung des Volkes?

Manfred Augustiniak,
Mitglied der AG Geschichte

Die Frage muss dann auch erlaubt sein:

Ist die BRD ein Unrechtsstaat?

Warum beim Deutungskampf über DDR-Geschichte noch immer Kalter Krieg herrscht

Man kann geradezu darauf warten. Kaum hat irgendein Prominenter, wie kürzlich der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering, in der Öffentlichkeit einen differenzierteren Umgang mit der DDR-Geschichte gefordert, schallt ihm im Chor die Empörung und der Zorn einschlägiger Figuren im Politgeschäft entgegen. Dabei hatte er nur gesagt: „Es war ja nicht so, dass ein idealer Staat auf einen verdammenswerten Unrechtsstaat stieß.“ Die DDR nicht als totalitären Unrechtsstaat zu bewerten, wird als „Verharmlosung“, „Beleidigung der Opfer“ und Rechtfertigung für „Mauer und Stacheldraht“ dämonisiert.

Gerade in diesem 20. Jahr nach dem Mauerfall soll an der DDR kein gutes Haar gelassen werden. Was Wunder, dass derzeit ein sehr lebhafter, allerdings sehr einseitiger, Deutungskampf in den Medien, auf Foren, auch in Klassenzimmern stattfindet.

Dafür eignet sich der Begriff des „Unrechtsstaates“ besonders gut, weil sich mit ihm jede sachliche Diskussion ausschließen und sich das sozialistische Gesellschaftssystem der DDR pauschal auf SED-Diktatur, Stasi und Schießbefehl reduzieren lässt. Dabei gibt es diesen Terminus im bürgerlichen Recht gar nicht. Er ist ein politischer Kampfbegriff, „ein Totschlagargument“, wie Gregor Gysi in einem Beitrag feststellt, der den Blick auf eine differenzierte Beurteilung verstellt. Dreht man einfach mal den Spieß herum und beurteilt die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse ebenso pauschal und undifferenziert ausschließlich nach Unrechtskriterien, so muss mit dem gleichen Recht die Frage erlaubt sein: Ist die BRD auch ein Unrechtsstaat?

Über drei Millionen Arbeitslose, gravierende Kinder- und Altersarmut, über 100 Tote bei völkerrechtswidrigen Kriegeinsätzen der Bundeswehr, Armutsunrecht per Gesetz durch Hartz IV, unrechtmäßige Managergehälter, gigantische Staatsschulden usw. Bei nicht Wenigen hierzulande würde die Antwort auf diese Frage sicher spontan sogar eindeutig „Ja!“ lauten. Schon hier zeigt sich, solche globalen Verallgemeinerungen eignen sich nicht für ein realistisches Geschichtsbild.

Die DDR hatte ihre Schwächen und

Stärken ebenso wie die BRD sie heute hat. Sie muss man benennen und bekennen dürfen, ohne sofort als „Stalinist“ abgestempelt zu werden. Schließlich hat jeder von uns seine ganz persönlichen Erfahrungen mit dem Gestern und dem Heute. Und nur eine ehrliche Bestandsaufnahme statt staatlich verordneter „Delegitimierung“ ermöglicht es auch uns, für die die DDR Lebensprojekt war, kritisch Rückschau zu halten. Ein Gedanke Friedrich Schorlemmers in seinem

„Wer im Sozialismus eine Zukunft für die Menschheit sieht, muss sich natürlich klar darüber werden, was die DDR falsch gemacht hat, aber auch, was sie richtig gemacht hat. Beides ist gleich wichtig. Wer nur die Fehler sieht, verzweifelt am Sozialismus. Diese Verzweiflung herbeizuführen ist das Anliegen derzeitiger so genannter Vergangenheitsbewältigung, die in Wirklichkeit eine Abrechnung mit der DDR ist, eine Begleichung alter Rechnungen, die bis in die dramatischen Klassenkämpfe der Weimarer Republik zurückgehen.“

*Dr. Friedrich Wolff in seinem Buch
„Einigkeit und Recht“*

ND-Beitrag vom 28./29. März, den man voll und ganz unterstreichen kann. Ebenso seine Feststellung, dass der Deutungskampf über die DDR-Geschichte noch immer nach den politischen Gesetzen des Kalten Krieges verläuft: Hier die Guten, da die Bösen. Und dass dies einer demokratischen Diskussionskultur unwürdig ist.

Wenn Schorlemmer hier auch ein wenig wie der einsame Rufer in der Wüste wirkt, bleibt die Frage: Warum verschließen sich führende Politiker in diesem Lande so vehement vor einer vorurteilsfreien Sicht auf die DDR-Geschichte? Offensichtlich ist ihnen das gescheiterte Sozialismus-Experiment derart in die Knochen gefahren, dass sie jede positive Erinnerung daran im Keime erstickten wollen. Auch mit Blick auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise in einer bis dato unbekanntenen Dimension befürchten die herrschenden Kreise ein ihnen unliebsames Schielen auf die

DDR. Zumal die Frage des kapitalistischen Eigentums, als eigentlicher Auslöser für die sich zuspitzenden Systemwidersprüche, immer offener zutage tritt.

Das befördert natürlich den Wunsch nach einer sozial gerechten, von Ausbeutung freien Gesellschaft. Und das wiederum bedeutet Gefahr für das gesamte kapitalistische System, entzieht ihm praktisch die Existenzgrundlage. „Das was in der DDR etwas taugte“, sagt Gysi in einem ND-Beitrag, „wirkt wie Hefe“. Es gärt in den Köpfen der Menschen, die das erlebt haben. Und das trifft nicht nur auf Polikliniken, Kindertagesstätten, Ampel- und Sandmännchen zu, sondern auch auf das Grundrecht auf Arbeit, Wohnen und höhere Bildung. Hinzu kommt bei Vielen die Erfahrung, dass die vielgepriesene Freiheit mehr und mehr vom Inhalt des Geldbeutels abhängt. Deshalb ist allein schon der etwas schwächliche und deformierte DDR-Versuch strafbar, im bürgerlichen Sinne im höchsten Maße ungerecht. Die Schwächen und Mängel der DDR (die hier nicht beschönigt werden sollen) dienen als willkommene Rechtfertigung für deren totale Verurteilung. Nie wieder Sozialismus! Das ist die eigentliche Botschaft des Kampfbegriffs „Unrechtsstaat“.

J.T.



Demonstration am 16. Mai

Der Europäische Gewerkschaftsbund ruft am 16. Mai zu einem europäischen Aktionstag unter dem Motto „Die Krise bekämpfen. Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen.“ auf. Der DGB plant an diesem Tag eine Demonstration in Berlin. Sie startet um 11.00 Uhr vom Hauptbahnhof und Breitscheidplatz.

Die Abschlusskundgebung beginnt um 13:00 Uhr an der Siegestsäule.

Die NATO – wie sie lebt und tötet



Was sich die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedsstaaten da am 3 und 4. April 2009 in Kehl und Straßbourg leisteten, das war kein verspäteter April-Scherz. Nein - sie meinten es ernst und feierten den 60. Geburtstag eines Militärbündnisses. Das war ja wieder ein Gipfel! Wieder so ganz ohne Volk! Das einzig glanzvolle daran, dürften die Präsidenten-Frauen Carla Bruni und Michelle Obama gewesen sein. Für eine füllige deutsche Kanzlerin Angela Merkel blieb da wieder nur ein Schatten-Platz übrig. Immerhin scheint ihr Wort Gewicht zu haben. Trat sie doch erleichtert vor die Presse, als gegen türkische Widerstände auch der von ihr favorisierte neue NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen doch noch durchgedrückt werden konnte. Schaut man sich mal einige der bisherigen NATO-Generalsekretäre und ihre Politik besonders in den letzten Jahren näher an, dann können schon Fragen aufkommen. Ist die NATO gar selbst ein Sicherheitsrisiko? Oder wie groß ist eigentlich ihr Bedrohungspotential? Kriege am Golf, im Kosovo, in Afghanistan und im Irak sind nur einige Beispiele für den militärischen Verkehr auf Straßen des Krieges mit NATO-Führerschein. Vielleicht ist hier ein kleiner Marsch durch die Geschichte der Institution NATO und einiger ihrer Generalsekretäre angebracht:

Von 1952 bis 1957 saß mit Sir Hastings Lionel Ismay ein Ex-General auf dem NATO-Chefposten, der am 22. Mai 1945 einen ausgearbeiteten Angriffsplan gegen die Sowjetunion an seinen Auftraggeber Winston Churchill übergeben hatte, zu dessen Ausführung ca. 100 000 ehemalige Wehrmachtssoldaten wieder in den Kriegsdienst genommen werden sollten. Der Deckname dieser bis 1998 geheimen Operation war Unthinkable; zu Deutsch „Undenkbar“. Weil sie nicht stattfand, mussten deutsche Soldaten bis zum Balkan-Krieg 1999 warten.

Diesmal kam der Marschbefehl von ROT-GRÜN...

Der Holländer Joseph Luns, der von 1971 bis 1984 im Brüsseler NATO-Hauptquartier die führende Rolle wahrnahm, konnte eine dreijährige Mitgliedschaft in der nationalsozialistischen Partei NSB vorweisen. Als dies bekannt wurde, zwang er seinen Bruder zu behaupten, er hätte ihn ohne sein Wissen in der NSB angemeldet. Nebenbei bemerkt; manche machen ohne Wissen Politik. In den Kriegsjahren diente Luns als Botschafter.

Von einem ganz anderen und besonderen Kaliber war Javier Solana. Als Franco-Gegner geriet er an die Tochter eines Franco-Generals. Die heiratete er. Dann wurden ihm zeitweilige Sympathien für den Marxismus und Fidel Castro nachgesagt. Zudem war er dafür bekannt, ein aktiver NATO-Gegner zu sein; er gehörte zu den Verfassern eines Papiers; „50 Gründe gegen die NATO zu sein“. Aber in seine Amtszeit (1995-1999) fiel gerade auch aus deutscher Sicht der größte Einschnitt der NATO-Geschichte; der Luftkrieg gegen Ex-Jugoslawien. Der Sozialist (?) Javier Solana persönlich, gab dazu am 24. März 1999 den Startbefehl. Und das ohne UN-Mandat! Gegen jedes Völkerrecht! Selbst der NATO-Vertrag erfuhr bei jenem Vorgehen eine Verletzung, weil im NATO-Vertrag als einzige Aufgabe für militärische Einsätze die Verteidigung des Bündnisgebietes formuliert ist. Das im Zerfall befindliche Jugoslawien lag eben nicht im Bündnisgebiet. Konnte man wissen!

Die NATO feierte also ihren sechzigsten, ein Alter wo sich andere auf die Rente vorbereiten, sofern Politik und Gesundheit sie nicht daran hindern. Die NATO hingegen, setzt weiter auf Zuwachs und Wachstum. Albanien und Kroatien wurden als Neumitglieder begrüßt und Frankreich kehrte wieder in die militärischen Kommandostrukturen des Bündnisses zurück. Dieser Rückschritt, den der französische Präsident Nicolas Sarkozy veranlasste, hat für 900 Offiziere der Grande Armée auch einen arbeitsbeschaffenden Effekt, die nun entsprechende Stellen wieder besetzen können. Da sage noch einer, es ginge nicht aufwärts. Nur die Friedensdividende, auf die die Menschen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und nach der Auflösung des östlichen Gegenparts des Warschauer Vertrages hofften – die blieb aus. Statt auch über ihre Auflösung nach-

zudenken und alternativ dazu in zivile Sicherheitsstrukturen aufzugehen arbeitet man in der NATO am Mitgliederzuwachs und investiert in den Ausbau von militärischen Fähigkeiten. Wohlgermerkt auch außerhalb des Bündnisgebietes. Folglich kann man heute auf 3 Kontinenten auf deutsche Uniformträger treffen. Der ehemalige Genosse Minister Peter Struck brachte es mit seinem Wort, dass die Freiheit Deutschlands auch am Hindukusch verteidigt werde, auf den (sozialdemokratischen?) Punkt. Fragt man nun ein Reisebüro oder das kriegführende NATO-gebundene Bundesministerium, wohin die Reise noch gehen soll? Schließlich ist die Freiheit auch in Deutschland ein verteidigungswürdiges Gut! Oder? *René Lindenau*

Sie breitet sich aus

NATO 1989

Belgien, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Norwegen, Vereinigtes Königreich, USA, Griechenland, Türkei, Deutschland, Spanien

NATO 2009

Belgien, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Norwegen, Vereinigtes Königreich, USA, Griechenland, Türkei, Deutschland, Spanien, Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei, Slowenien.

Beitrittskandidaten: Albanien, Kroatien, Mazedonien, Bosnien-Herzegovina, Montenegro, Georgien, Ukraine (Vergleichkarte auf: <http://de.wikipedia.org/wiki/Nato>)

Ursprünglich als westeuropäisches und nordamerikanisches Militärbündnis gegen die Ostblockstaaten 1949 gegründet, hat sich die NATO seit dem Ende des Kalten Krieges stark gewandelt. Statt sich aufzulösen, hat sie sich ausgedehnt: Zehn neue Mitgliedsstaaten sind hinzugekommen, sieben weitere Staaten gelten als Kandidaten. Die NATO-Osterweiterung umzingelt Russland und erweitert die Einfluss-sphäre der NATO in den Nahen und Mittleren Osten. 1999 hat die NATO eine neue Strategie beschlossen: Sie will auch außerhalb des NATO-Gebiets und ohne UN-Mandat Krieg führen dürfen.

Unbeugsamer Antifaschist

Ehrendes Gedenken an Ernst Thälmann in Sandow

Wie seit vielen Jahren trafen sich auch an diesem 16. April zahlreiche Linke in Sandow am Gedenkstein für Ernst Thälmann.

Ihr Anliegen war, anlässlich seines nunmehr 123. Geburtstages das Andenken an diesen legendären Arbeiterführer und unbeugsamen Antifaschisten wachzuhalten.

Unter den Teilnehmern war auch Walter Strnad, letzter in Cottbus lebender ehemaliger KZ-Häftling.

In ihren Gedenkworten betonte Sigrid Mertineit, stellvertretende Ortsvorsitzende der Linken in Cottbus: „Ernst Thälmann, der selbst aus einfachsten Ver-

hältnissen stammt, erkannte die Ursachen des sozialen Elends und kämpfte für eine sozial gerechtere Welt, gegen Krieg und Faschismus. Seinen Gegnern war er gefährlich genug, dass sie ihn 1944 im KZ Buchenwald ermorden ließen.

In unserem heutigen Kampf für gleiche Ziele nehmen wir ihn als Vorbild. Sorgen wir dafür, dass sein Vermächtnis gewahrt bleibt!“

Anschließend legten zahlreiche Teilnehmer ihre Blumen am Gedenkstein nieder.

Text: W.S.

Foto: Dieter Brendal



Ein spannender Krimi

Die BO 32 hatte Dorothea Kleine eingeladen, aus ihrem neuen Buch zu lesen: „Das Paradies ist anderswo“. Ein Kriminalroman.

Gleich auf Seite 2 geschieht ein Mord, in aller Öffentlichkeit, vor Publikum. Täterin, Opfer, Tatort, zahlreiche Zeugen – alles sofort bekannt. Die Umstände: außergewöhnlich, das Motiv unklar.

In der Vernehmung erklärt die Täterin: „Jeder Mord ist immer in Verbindung mit der gesellschaftlichen Situation zu sehen.“

Und damit ist die Dimension des Geschehens skizziert. Es geht nicht vordergründig um den Kriminalfall. Beim Lesen vergisst man ihn fast, erlebt eigentlich einen Vor- und einen Nachwenderoman, beinahe ein Gesellschaftspanorama mit berührenden persönlichen Schicksalen. Absoluter sozialer Absturz neben geschmeidiger Anpassung an die gegebenen Verhältnisse, beeindruckende Karriere unter neuen Bedingungen, plötzlich mögliche Erfüllung geheimer Reisesehn-

süchte und völlige Entwurzelung; man fühlt sich erinnert an eigenes Erleben in Familie, Freundes- und Bekanntenkreis.

Die Autorin schreibt nicht nur spannend, sie liest auch beeindruckend und gewinnt die ungeteilte Aufmerksamkeit ihrer Zuhörer. Nur Wenige hatten das Buch bereits gelesen. Sie wollten natürlich nicht zu viel von dem Geschehen preisgeben. Das Gespräch war eher nachdenklich: wie ist das mit Freiheit und Befreiung, neuen Möglichkeiten und unerwarteten neuen Zwängen und Abhängigkeiten, mit dem Zusammenhang von Gesellschaft, Individuum und Kriminalität. Auch die Frage nach dem Paradies und warum musste das Buch ein Krimi sein. (Dorothea Kleine erklärt, ihre Verlegerin war der Meinung, ein Krimi verkaufe sich besser.)

So ist es ein spannender Krimi geworden, ja, aber weit mehr. Unbedingt lesen!

Edda Stranz, BO 32



Zur Erinnerung an Franz Noack

Am 8. Mai gedenken wir des 30. Todestages von Franz Noack, Ehrenbürger der Stadt Cottbus.

Der am 18.1.1901 in Sperenberg bei Jüterbog Geborene erlernte in Cottbus den Beruf eines Tuchmachers. Er wurde Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend und beteiligte sich 1920 im Kampf gegen den Kapp-Putschisten Buchrucker.

Über die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) und den Rot Frontkämpferbund (RFB) wurde er 1927 Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Als Ortsgruppenleiter im Unterbezirk Lausitz und Stadtverordneter der kommunistischen Fraktion in Cottbus, organisierte er ab 1932 den Widerstand gegen den Faschismus. Sein Einsatz gegen die faschistische Diktatur endete 1934 im 1. Cottbuser Kommunistenprozess mit einer einjährigen Gefängnisstrafe und anschließender wöchentlicher Polizeiaufsicht.

Nach der Zerschlagung des Faschismus setzte er sich als Aktivist der ersten Stunde besonders für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien KPD und SPD ein. Er wurde paritätischer Vorsitzender der Stadtleitung Cottbus der SED.

Nach einer politischen Qualifizierung war er von 1951 bis 1954 als 1. Sekretär der Kreisleitung der SED in Neuruppin und danach in anderen Aufgaben tätig.

Trotz schwerer körperlicher Schäden ist er nach 1965 noch Sekretär einer Wohnparteiorganisation und Mitglied des Kreiskomitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer Cottbus-Stadt und Cottbus-Land.

Für seinen langjährigen aktiven Einsatz bei dem Versuch, eine frühsozialistische Gesellschaft in einem Teil Deutschlands zu gestalten, erhielt er den Vaterländischen Verdienstorden in Bronze und am 8. Oktober 1976 die Ehrenbürgerschaft der Stadt Cottbus.

Günter Bengs,
Arbeitsgruppe Geschichte



Soziale Grundrechte Für eine grundlegende Verfassungsreform

Seit einem Jahr arbeitet die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag an einem umfassenden Katalog sozialer Grundrechte, die die Freiheitsrechte in der Verfassung ergänzen sollen.



In einer großen öffentlichen Anhörung haben wir über die neuen Rechte (auf Arbeit, auf gerechten Lohn, auf soziale Sicherheit, auf Wohnen usw.) diskutiert. Wir sind zuversichtlich, eine breite gesellschaftliche Debatte auszulösen. An ihrem Ende wird die Erkenntnis stehen, dass Freiheit ohne Gleichheit blinder Zynismus ist. Denn: Bei uns bestimmen die Bürgerinnen und Bürger selbst, ob sie mit der eigenen Yacht die Welt umsegeln oder lieber auf dem Balkon Urlaub machen.

Es ist ihre freie Entscheidung, ob sie lieber ein Unternehmen gründen oder schlecht bezahlte Leiharbeit annehmen.

Niemand kann die Menschen zwingen, eine fünfstöckige Villa zu kaufen, wenn sie lieber unter der Brücke schlafen. Für die Einen ist die Freiheit wie ein blühender Garten voller wunderbarer Früchte der Möglichkeiten. Für die Anderen ist sie wie eine Wüste – wohin sie sich auch wenden, die Verheißung der Freiheit bleibt für sie nur heiße Luft. Denn formale Freiheit ohne die materielle Basis für ihren Gebrauch ist reale Unfreiheit. Millionen in unserem Land erfahren dies tagtäglich.

Es kommt deshalb darauf an, das uralte Versprechen der Menschenrechte endlich einzufordern. „Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung, Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung“ (Rosa Luxemburg).

Mit sozialen Grundrechten setzen wir den Kampf fort, für eine Welt ohne Ausbeutung und ohne Unterdrückung.

Wolfgang Neskovic MdB,
Richter am BGH a.D.

„Auf zum fröhlichen Radeln“ - DIE LINKE. on TOUR

Radwanderung vor den Europawahlen am 21. Mai

Symbolisch steht die Erinnerung an die Internationale Friedensfahrt für die vor uns liegenden Etappen im Wahlkampfjahr 2009.

Jede Etappe verlangt Einsatz und politischen Willen, so auch die Beteiligung an der Kleinen Friedensfahrt oder der so genannten „Petite course de la Paix“, des Ständigen Forums der Europäischen Linken, zur Eröffnung des Wahlkampfes zu den Europawahlen. Eigentlich nichts Neues, denn seit 2004 wird diese Fahrt im Rahmen des Europacamp ausgetragen.

Kein Rennen, sondern eine Radwanderung im besten Sinne des Wortes, die auf die Gemeinsamkeiten der europäischen LINKEN und den Wahlkampf für unsere Kandidaten zum Europaparlament aufmerksam machen soll. Deshalb beteiligt sich nach jetzigem Informationsstand auch eine tschechische Mannschaft der KSCM, weitere befreundete Parteien der EL sind eingeladen.

So auch „Täve“ Schur, der sich aber zum Redaktionsschluss noch auf Reisen befand und hoffentlich den Start in Cottbus vollziehen kann.

Ein T-Shirt mit Autogramm wäre sicher eine feine Sache für jeden Teilnehmer. Also bitte schnellstens in die Starterliste eintragen. Das Startergeld beträgt 5 Euro und dient der Finanzierung des T-Shirts mit dem Logo der LINKEN und der Wahlaussage der Fahrt: „Europa verändern“.

dem“.

Natürlich brauchen wir die Unterstützung aus den Kreisverbänden entlang der Fahrstrecke. Insbesondere um Startvorbereitungen zu sichern und die Werbung für die Teilnahme zu unterstützen.

Der Start zur Fahrt von Cottbus nach Lübben wird mit einem deftigen öffentlichen Bürgerfrühstück am Samstag morgen um 9:00 Uhr eingeleitet. Bei fröhlicher Musik und mit Kaffee und Brötchen in den Händen läßt sich sicher mit den beiden Kandidaten zur Europawahl, Helmut Scholz und Sascha Wagener, ins Gespräch kommen. Auch Stadtverordnete aus Cottbus und Matthias Loehr MdL werden nicht nur vor Ort sein, sondern auch sportlich aktiv die Tour bestreiten.

Über Zwischenstopps in Vetschau und Lübbenau, wo weiter für Aufmerksamkeit für die Partei gesorgt werden soll und auch die Verpflegungsstützpunkte eingerichtet sind, endet die Tour am Abend auf dem Marktplatz von Lübben mit einem großen Bürgerfest und einer Abschlusskundgebung.

Wer nun noch Gefallen an einem kleinen Radelausflug am Männertag gefunden hat, der kann sich noch unter Tel. 0355-861017 oder 0171-4977291 bei Peter Schömmel anmelden.

lasst uns gemeinsam sportlich am 21. Mai zum Auftakt des Wahlkampfes 2009 sein!

Peter Schömmel

1. Etappe
Petite Cottbus - Lübben
Cours de la Paix
21.-23.05.09
Europawahltour 2009
„EUROPA VERÄNDERN“

Abschlusskundgebung auf dem Markt Lübben

Ragow
Krimnitz
Lübbenau Infostand auf dem Markt
Boblitz
Raddusch
Vetschau Infostand auf dem Markt
Babow
Milkersdorf
Kunersdorf
Dahlitz

Lübben:
Unterkunft Campingplatz
Gepäcktransport
Info über 2. Etappe, oder Rückfahrt mit der Bahn.

Eintrag in Startliste für 5 Euro Cours-T-Shirt
START Cottbus

Wahlkampftour zu den Europawahlen 2009 des „Ständigen Forums der Europäischen Linken der Regionen“

HEUTE BEI KAUFBILD:

Obama schon in Deutschland

„So nah war ich dem Präsidenten noch nie“, meinen die begeisterten Deutschen! Foto exklusiv nur bei Kaufbild!



Der neue Geist in der Tiefkühltruhe von PLUS

Fotografiert von unserem Reporter Reinhard Loeff am Mittwoch, dem 8.4.2009 um 11.37 Uhr in der Kühltruhe im PLUS-Markt in Cottbus, unweit der Gelsenkirchner Allee am Sachsendorf-Karree.

An diesem Tag herrschte totale Aufregung in den PLUS-Märkten der Region: Der US-Präsident Barack Hussein Obama ist da. Am Dienstag zuvor noch im heißen Afghanistan bei seinen Soldaten, um sie mal wieder aufzumuntern, am heutigen Mittwoch schon bei PLUS zu Gast. Begeisterte Kunden sind völlig happy. „Man kann ihn sogar mit nach Hause nehmen, das es das für uns Ostdeutsche auch gibt, ist kaum zu glauben“, meinte eine attraktive Dame im schönsten Lausitzer Dialekt. Ein älterer Herr freute sich auf den prominenten Amerikaner, er war schon immer von Amerika beeindruckt. Er packte ihn gleich in seinen Einkaufswagen und rief seine Frau über Handy an: „Ich bringe Obama mit, bereite alles vor. Und räume endlich mal die Bude auf! Besorge Stühle für unsere Gäste und die Sicherheitsleute!“ Wie das Treffen endete – Bald wieder in KAUFBILD! Bleiben Sie dran, wir melden uns!

Glossiert

Mit Scheuklappe und Mikrofon

Ein Reporter eines regionalen Radiosenders, so hörte ich in einem Cottbuser Autohaus, habe wissen wollen, was die „Abwrackprämie“ dem Händler denn nun erbringe.

Nachdem dieser allerdings nicht nur die gewünschten „Erfolgs“-Zahlen habe vorweisen wollen, sondern prononciert seiner Skepsis hinsichtlich weiterer positiver Erwartungen Ausdruck gegeben habe, sei das Interview abgebrochen worden. Denn eine „Erfolgs“-Vermeldung war ja gefragt.

Die nackte Wahrheit war dem Erkundungsunternehmen hinderlich. Wie Anno dunnemals.

piek

Heiligendamm lebt noch



Bild: R:U:

Sehr „Ernstes“

Wie ist das mit den alten Saftsäcken?

Was Radfahrern so passieren kann

Da hielt mich doch unlängst ein etwas jüngerer Herr an, weil ich im Halbdunkel ohne Licht am Fahrrad fuhr. Wie heißt Du Saftsack? So grunzte er mich an. Alter, antwortete ich. Sag nicht Alter zu mir, grollte er. Das meine ich ja nicht so, versuchte ich zu erklären. Ich denke ja nur, dass es sich, wenn es um einen Saftsack geht, nur um einen Alten handeln kann. Denn neue Säcke, zumindest in die man etwas einpacken und es damit transportieren kann, braucht man wohl nicht mehr. Und die gibt es ja kaum noch. Wieso nicht, fragte er irritiert.

Nun ja, meinte ich, damals, als ich noch ein harmloser Bube war, befanden

sich im Keller meiner Eltern noch etliche Säcke, in denen Holz oder Kohle war, die man dann die Treppen hinauf zum Befeuern des Ofens transportieren musste. Saft war allerdings nicht dabei. Dann wieder hinunter, erneut füllen usw. usf.

Und wenn dann das Feuer angezündet war, wurde es auch etwas hell, da kam Licht in die dunkle Wohnung, und es wurde warm.

Das ist ja alles ganz interessant, meinte der Herr. Aber ich frage nun konkret, warum Du ohne Licht Fahrrad fährst. Ich meinte dann, dass das ja nun wohl alles klar sein müsste: Ohne Sack muss

auch ein Saftsack Fahrrad fahren. Und da in dem Sack, den man ja nun einmal nicht mehr haben kann, auch die Quelle für das Licht steckte, ist es ja logisch, dass es dunkel bleibt. Oder hast Du, mein junger Herr, einen alten Sack, der mir dabei weiterhelfen könnte? Du kannst es ja wohl kaum sein.

Da hat es der Fragende aufgegeben, den Kopf geschüttelt und ist grübelnd weitergegangen. Er hat ja wohl kaum ruhig schlafen können, weil er überhaupt nicht weiß, wo er schnellstmöglich einen alten Saftsack herbekommt, den er anschauen kann.

howi

Termine - Termine

- 4.5. **15.00 Uhr IG Politische Bildung**
Geschäftsstelle
17.00 Uhr Fraktionssitzung
Geschäftsstelle
- 7.5. **17.30 Uhr Ortsvorstand Cottbus**
Geschäftsstelle
- 8.5. **10.00 Uhr bzw. 11.00 Uhr Kranzniederlegungen**
Nord- und Südfriedhof
- 11.5. **18.00 Uhr Fraktionssitzung**
Geschäftsstelle
- 12.5. **16.00 Uhr KPF**
Geschäftsstelle
18.00 Uhr Helmut Scholz, Europapolitiker
Cottbus, „Brandenburger Hof“
- 13.5. **10.30 Uhr AG Geschichte**
Geschäftsstelle
- 14.5. **17.00 Uhr Buchvorstellung mit Helga Sempf**
Bücherei Sandow e.V.
19.00 Uhr öffentliche Mitgliederversammlung BO 85, Kolkwitz/Burg
Gaststätte „Zur Eisenbahn“ in Kolkwitz.
Thema: Europawahl 2009. Warum die Bürger zur Europawahl gehen und die Kandidaten der „LINKEN“ wählen sollen. Gastreferent: Frank Hammer, MdL und Mitglied des Europaausschusses des Landtages
- 25.5. **18.00 Uhr Fraktionssitzung**
Geschäftsstelle
- 27.5. **14.00 Uhr Stadtverordnetenversammlung**
Stadthaus Cottbus
- 28.5. **19.00 Uhr Kreisvorstand Lausitz**
Geschäftsstelle

Am 9. April verstarb unsere Genossin

Christa Amkreutz

Wir trauern um eine stets aktive und kritische Mitstreiterin und eine gute Freundin.

BO 21

Herzlichen Glückwunsch allen GenossInnen, die in den kommenden Tagen und Wochen Geburtstag feiern

Mai

- zum 87. Erna Riedel (13.5.)
- zum 85. Charlotte Käberich (18.5.)
Erika Fugmann (24.5.)
- zum 84. Ingeborg Miller (7.5.)
- zum 83. Gisela Schliwa (7.5.)
Hildegard Glona (23.5.)
Rolf Gutermuth (23.5.)
Waltraud Thiele (30.5.)
- zum 82. Paul Bramburger (10.5.)
- zum 81. Gisela Keune (26.5.)
Günter Düring (30.5.)
- zum 80. Max Bunge (15.5.)
Franz Urbanczyk (16.5.)
Irmgard Schewerda (17.5.)
- zum 75. Helga Handschak (21.5.)
Waltraut Rottenbach (29.5.)
- zum 65. Gritta Küch (16.5.)
- zum 60. Annelie Reißmann (5.5.)
- zum 50. Christian Eicke (10.5.)



Juni

- zum 85. Ursula Soremba (6.6.)
Heinz Fechner (14.6.)
- zum 81. Ursula Siewert (9.6.)
Ingeborg Petersohn (14.6.)
- zum 80. Sieglinde Petow (1.6.)
Wolfgang Duckwitz (1.6.)
Irma Uschkamp (3.6.)
Eva Kühlewind (10.6.)
- zum 75. Wolfgang Groß (14.6.)

Sprichwörtliches von A bis Z

(O wie Ordnung)

Ordnung ist das halbe Leben – ich bin noch in der anderen Hälfte.

Eva S. Roth

.....

Das schlimmste an jeder Ordnung ist, dass es stets noch eine bessere gibt.

Stefan Fleischer

.....

Peinliche Ordnung gibt es erfahrungsgemäß nur auf Schreibtischen, auf denen nichts gewälzt wird.

Wolfgang Mocker

.....

Bewahre deine Papiere, deine Schlüssel und alles so, dass du jedes einzelne Stück auch noch im Dunkeln finden kannst. Verfahre noch ordentlicher mit fremden Sachen.

Adolph Freiherr von Knigge

.....

Es gehört ein wenig kleinlicher Geist dazu, immer Ordnung zu halten.

Ernst Ludwig Kirchner

.....

Vater der Ordnung ist das schlechte Gedächtnis.

Manfred Hinrich

.....

Je älter man wird, desto mehr schätzt man Ordnung.

Jean Paul

Impressum:

Herausgeber:

DIE LINKE. Lausitz, Kreisvorstand
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114
Telefon: 0355/ 2 24 40

V.i.S.d.P.: André Kaun

Redaktion: Anneli Richter, Horst Wiesner

mail: herzblatt@linkspartei-cottbus.de
homepage: www.dielinke-lausitz.de

Redaktionsschluss

für die Juni-Ausgabe

ist der **20. Mai**